Landkreis Gießen

Der Kreistag Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss	**Stabsstelle:** **Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit** Sachbearbeiter: Anette Herzberger Telefon: 0641/9390-1829 E-Mail: anette.herzberger@lkgi.de Gebäude: F – Riversplatz 1-9 Zimmer: 208 35394 Gießen

Az.: 91 000-212 Datum: 14. Februar 2012

N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des Landkreises Gießen am 9. Februar 2012
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Schreiben vom 23. Januar 2012 eingeladen.

Sitzungsbeginn: 16.40 Uhr
Sitzungsende: 19.55 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose	Ausschussvorsitzender	
Herr Stefan Bechthold	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Horst Nachtigalll
Frau Annette Bergen-Krause	Kreistagsabgeordnete	
Herr Heinz-Peter Haumann	Kreistagsabgeordneter	
Herr Frank Ide	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Matthias Knoche	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Krimhilde Nachtigall-Bühler
Herr Klaus Peter Möller	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Peter Kleiner
Herr Reinhard Peter	Kreistagsabgeordneter	
Herr Peter Pilger	stv. Ausschussvorsitzender	
Herr Erhard Reinl	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Kurt Hillgärtner
Herr Gerónimo Sánchez Miguel	Kreistagsabgeordneter	
Herr Karl-Heinz Schäfer	Kreistagsabgeordneter	vertreten durch Klaus-Dieter Gimbel

beratende Ausschussmitglieder

Herr Dennis Stephan	Gruppenvorsitzender
Herr Matthias Tampe-Haverkock	Gruppenvorsitzender
Frau Maria Alves	Kreisausländerbeiratsmitglied
Herr Tim van Slobbe	Kreisausländerbeiratsmitglied

Ältestenrat

Herr Karl-Heinz Funck	Kreistagsvorsitzender
Frau Hiltrud Hofmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Günther Semmler	Fraktionsvorsitzender
Herr Claus Spandau	Fraktionsvorsitzender

Ebenfalls anwesend:

Herr Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel

Kreisausschuss

Frau Anita Schneider	Landrätin
Herr Dirk Oßwald	hauptamtl. Erster Kreisbeigeordneter
Frau Dr. Christiane Schmahl	hauptamtliche Kreisbeigeordnete
Frau Silva Lübbers	Kreisbeigeordnete
Herr Oliver Meermann	Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Herr Thomas Euler	Kreisgremien u. Öffentlichkeitsarbeit
Frau Meike Bartz	Kreisgremien u. Öffentlicheitsarbeit
Herr Udo Liebich	Büroleiter Dez. I
Frau Eva-Maria Jung	Büroleiterin Dez. II
Frau Jutta Heieis	Fachbereich Finanz- u. Rechnungswesen
Herr Mario Rohrmus	Fachbereich Schule, Bauen u. Abfallwirtschaft
Herr Klaus Dieter Schmitt	Schriftführer

Entschuldigt:

Frau Claudia Zecher	stv. Kreistagsvorsitzende
Herr Dr. Gernot Seyfert	Kreisbeigeordneter
Herr Andreas Becker	Gruppenvorsitzender

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Klose, eröffnet die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.
Herr Klose teilt mit, dass für die CDU-Fraktion ab sofort Herr Kreistagsabgeordneter Reinhard Peter als ordentliches Mitglied für den aus dem HFR ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Lars Burkhard Steinz benannt wurde.
Zur Tagesordnung liegen keine Einwände bzw. Änderungsanträge vor.

2.	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 27. Oktober 2011 (Vorlage Nr. 0232/2011)

Frau Landrätin Schneider begründet die Vorlage.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

3.	Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle für den Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst für den Landkreis Gießen; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 9. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0317/2012)

Frau Landrätin Schneider begründet die Vorlage und beantwortet eine Nachfrage von Herrn Gruppenvorsitzenden Stephan zur Finanzierung der Leitstellengebühren durch die Träger des Rettungsdienstes bzw. Krankenversicherungsträger.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

4.	Betrauung der Firma „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mbH mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Betrauungsakt); hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 2. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0310/2011)

Mit der Änderung aus dem Kreisausschuss vom 16. Januar 2012 (Ergänzung des Satzes:

„Der Kreisausschuss wird jährlich über die Spartenrechnung informiert.“

Landrätin Anita Schneider bringt einen Änderungsantrag ein, wonach Abs. 4 des Beschlussantrages mit folgendem Wortlaut

„Zudem verzichtet der Landkreis Gießen auf die Geltendmachung möglicher – nach dem EU-Beihilfenrecht bestehender- Ruckzahlungsansprüche gegenüber der ZAUG gGmbH aufgrund in der Vergangenheit geleisteter Ausgleichsleistungen (Begünstigungen)."

gestrichen werden soll.

Herr Haumann fragt nach, ob neben den im öffentlichen Betrauungsakt in § 2 Abs. 2 genannten Dienstleistungen durch die ZAUG gGmbH weitere Geschäftsfelder übertragen werden sollen und warum der Betrauungsakt zunächst nur für ein Jahr befristet geschlossen werden soll.

Frau Landrätin Schneider teilt mit, dass keine weiteren Aufgabenfelder wie die in § 2 genannten der ZAUG gGmbH übertragen werden. Die Befristung begründet Frau Schneider damit, dass mit dem Finanzamt noch die umsatzsteuerliche Unbedenklichkeit des Betrauungsaktes geklärt werden müsse. Erst nach Erhalt einer verbindlichen Auskunft durch die Finanzbehörden könne der Betrauungsakt ab dem Jahr 2013 für einen längeren Zeitraum (10 Jahre) erlassen werden.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung (über den geänderten Antrag) für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

5.	Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen im Landkreis Gießen (Schulbezirkssatzung); hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 3. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0313/2012)

Frau Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Christiane Schmahl trägt vor, dass im Kreistagsausschuss für Schule, Bauen, Planen und Sport folgende Änderungen vorgenommen worden sind:

- unter § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) wird das *Wort „Lumda“* ersetzt durch *„AllendorfLumda“*
- unter § 2 Abs. 1 Nr. 10 werden bei den Grundschulen Langsdorf (b) und der Selma-Lagerlöf-Schule (c) der Stadtteil Muschenheim jeweils mit einem * versehen
- infolge dessen wird unter § 3 Abs. 1 unter Nr. 13 *„Lich, Stadtteil Muschenheim“* hinzugefügt. Die nachfolgenden Pohlheimer und Staufenberger Stadtteile tragen jetzt die Nummern *14, 15, 16 und 17.*

Außerdem wurden nach der Sitzung des Kreistagsausschusses für Schule, Bauen, Planen und Sport weitere Fehler entdeckt:

- Die Grundschule Allendorf/Lda. trägt nicht den Namen *„Eulenkopf“,* sondern *„Eulenturm“.*

Der Ordnung halber werden unter § 2 Abs. 1 Nr. 10 (Stadt Lich) alle Stadtteile mit alphabetischen Vorzeichen versehen.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung (über die geänderte Vorlage) für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

6.	Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 9. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0324/2012)

An der Aussprache beteiligt sich Herr Gruppenvorsitzender Stephan.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

7.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Finanzierung von notwendigen Sanierungsmaßnahmen an Licher Schulen zum Erhalt des Schulstandortes; hier. Vorlage des Kreisausschusses vom 12. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0319/2012)

Frau Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl begründet die Vorlage.

Auf Nachfrage von Herrn Fraktionsvorsitzenden Spandau nach evtl. Verkaufsabsichten des Landkreises zu den in § 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aufgeführten Grundstücksflächen teilt Frau HKB Dr. Schmahl mit, dass ein Verkauf der Fläche „Jahnstraße 12“ mit 9.720 m² nach dem Freiwerden der Liegenschaft vorgesehen sei.

Herr Kleiner bittet um Auskunft, wer die Kosten für notwendige Bauleitplanverfahren trage. Hierzu teilt Frau HKB. Dr. Schmahl mit, dass die Kosten für die Bauleitplanung gem. der ö.-r. Vereinbarung vom Landkreis Gießen zu tragen seien.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Zustimmung (einstimmig)

8.	Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages hinsichtlich Fraktionsstatus; hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Harald Scherer vom 7. November 2011 (Vorlage Nr. 0327/2012)

An der Aussprache beteiligen sich Herr Hamel, Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall, Herr Fraktionsvorsitzender Semmler, Herr Tampe-Haverkock und Herr Gruppenvorsitzender Stephan.

Herr Kreistagsvorsitzender Funck nimmt sehr ausführlich zu den Ausführungen des Gruppenvorsitzenden Stephan, insbesondere zu den Aussagen, dass die derzeitige Geschäftsordnung des Kreistages hinsichtlich der Fraktionsstärke „undemokratisch und verfassungswidrig“ sei sowie gegen die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung (FDGO) verstoße, Stellung und weist diese Vorwürfe auf das Schärfste zurück. Er bittet Herrn Stephan, diese Äußerungen nicht mehr zu wiederholen.

Herr Kreistagsabgeordneter Pilger bittet im Protokoll festzuhalten, dass weder der Antragssteller noch ein Vertreter der FDP-Gruppe an der Sitzung teilgenommen hat.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Ablehnung (einstimmig)

9. Zins- und Schuldenmanagement des Landkreises Gießen

9.1. Bericht des Kreisausschusses

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald führt zunächst aus, dass die regelmäßige Berichterstattung über das Zins- und Schuldenmanagement im Haupt- und Finanzausschuss sich bisher gut bewährt habe. Auch in Anbetracht der turbulenten Finanzmärkte der letzten Jahre aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse und Turbulenzen in der Euro-Zone, komme dieser Berichterstattung inzwischen eine große Bedeutung zu.

Die Leiterin des Fachbereiches Finanz- und Rechnungswesen, Frau Heieis, erstattet einen Bericht über das Zins- und Schuldenmanagement des Landkreises Gießen. Im Rahmen ihrer Berichterstattung geht sie auch sehr ausführlich auf die Regeln und den rechtlichen Rahmen für den Einsatz von Derivaten ein. Die Präsentation ist im Parlamentsinformationssystem hinterlegt.

Im Anschluss an den Vortrag von Frau Heieis ergeben sich folgende Fragen und Diskussionsbeiträge:

Frau Nachtigall-Bühler fragt, welches Beratungsunternehmen für die fachliche Begleitung im Portfoliobereit ausgewählt wurde und bittet um Information zu den Kosten für das Beratungsmandat. Weiterhin fragt Frau Nachtigall-Bühler nach den derzeitigen Zinssätzen für die von der Zinsbindungsfrist freiwerdenden Kassenkredite für einen längerfristigen Zeitraum.

Frau Heieis teilt mit, dass die Deutsche Bank im Rahmen eines jährlichen kündbaren Vertrages das Beratungsmandat habe. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 10.000 € zzgl. Mehrsteuer. Die derzeitigen Zinsen für eine 10-jährige Festschreibung belaufen auf 2,5 bis 3,0 %.

Herr Hamel erneuert seine bereits zu den Haushaltsberatungen 2012 vorgetragenen Bedenken zu Derivatgeschäften und fordert den Kreisausschuss auf, künftig auf den Abschluss derartiger Geschäfte zu verzichten.

Herr Gruppenvorsitzender Stephan fragt nach, ob die Protokolle aus den Sitzungen des Kreditportfoliobeirates auch den im Kreistag vertretenen Gruppen zur Verfügung gestellt werden und fragt nach den sachlichen Gründen für die Neuaufnahmen von Krediten für die Jahre 2013, 2014 und 2015.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erläutert, dass sich die in Jahren 2013 bis 2015 vorgesehenen Kreditaufnahmen an den jeweiligen Investitionen des Finanzplanes 2012 bis 2015 orientiere, die der Kreistag

im Rahmen der Haushaltssatzung 2012 beschlossen habe. Herr Oßwald stellt weiterhin klar, dass Protokolle des Kreditportfoliobeirates weder an die Fraktionen noch an die Gruppen des Kreistages verteilt würden. Lediglich die Aufnahme von Investitionskrediten werden öffentlich im Haupt-, Finanz- und Rechtausschuss bekanntgeben. Im Übrigen erfolge die Information über die Arbeit des Kreditportfoliobeirates in der Form, wie sie auch heute geschehen sei.

Zu dem Redebeitrag von Herrn Hamel führt Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald aus, dass der Landkreis Gießen auf Grund der bestehenden Richtlinien ausschließlich Derivate im Rahmen des Zinsmanagements zur Sicherung und Optimierung der Kreditportfolien einsetzen dürfe. Der Einsatz von Derivaten zu spekulativen Zwecken sei nicht zulässig und dürfe daher nicht zur Erwirtschaftung von Gewinnen dienen, sondern ausschließlich der Begrenzung von Zinsrisiken bzw. der Optimierung von Kreditkonditionen. Die bisher abgeschlossen Derivatgeschäfte seien mit keinem unkalkulierbaren Risiko verbunden gewesen und waren ausschließlich Zinssicherungsgeschäfte ohne jeglichen spekulativen Charakter.

Zum Beratungsmandat der Deutschen Bank weist Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald ausdrücklich darauf hin, dass die Geschäftsbereiche (Riskmanagement und Vermittlung von Kommunalkrediten) innerhalb der Deutschen Bank getrennt und voneinander unabhängig seien. Darüber hinaus habe man bisher mit der Deutschen Bank noch kein einziges Geschäft abgeschlossen. Daraus werde deutlich, dass die Beratung der Deutschen Bank als absolut neutral einzustufen sei und keine Bevorteilung vorläge. Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald spricht sich gegen den völligen Verzicht von Derivatgeschäften aus, um sich damit nicht die Chance zu nehmen, unter den vorgenannten Voraussetzungen Zinssicherungsderivate einzusetzen.

Frau Nachtigall-Bühler schließt sich der Argumentation von Herrn Hamel an und vertritt die Meinung, dass sich gerade die öffentliche Hand nicht mit Derivatgeschäften beschäftigen solle und stattdessen - wie bisher erfolgreich praktiziert - die klassischen kommunalen Finanzierungsinstrumente einsetzen solle.

Der erneute Vorwurf des Gruppenvorsitzenden Stephan, der seinerzeitige Kämmerer, Herr Erster Kreisbeigeordneter Becker, habe auf eine Frage von ihm zu Derivat-Geschäften in einer Sitzung des Haupt-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses im Jahre 2007 die Unwahrheit gesagt, wird von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald auf das Schärfste zurückgewiesen. Herr Oßwald führt aus, dass sein Vorgänger im Amt, Herr Stephan Becker, in der Kreistagssitzung am 15.12.2008 zwei Fragen des Kreistagsabgeordneten Geselle zu Derivatgeschäften beantwortet habe und stellt unmissverständlich fest, dass Herr Becker den Kreistag nicht belogen habe. Nachstehend werden die Fragen des Kreistagsabgeordneten Geselle und die Antworten von Herrn Becker nochmals im Protokoll dokumentiert:

Anlage zum Protokoll der Kreistagssitzung vom 15.12.2008:

1. Frage des Kreistagsabgeordneten Hans-Jürgen Geselle:

Vorbemerkung:
Zahlreiche Presseberichte haben jüngst offenbart, dass mehrere Hundert Kommunen und Kreise im Rahmen des kurzfristigen Schuldenmanagements sich sogen. Swap-Geschafte mit Banken bedienten.

Welche Swap-Geschäfte hat der Kreis im vergangenen Jahr getätigt ?

Antwort:

Am 16.6.2008 hat der Landkreis Gießen für einen bestehenden Kassenkredit in Höhe von 60 Mio. EUR mit einem Zinssatz von 4,655 % und einer Restlaufzeit bis 20.7 2009 einen Receiver-Swap abgeschlossen. Die Bank zahlt dabei an den Landkreis Gießen 4,655 % (entspr. dem Basisgeschäft). Der Landkreis Gießen zahlt an die Bank den EONIA-Zins (Euro Overnight Index Average) zuzügl. 0,09 %.
Am 24.10.2008 wurde auf der Basis desselben Kassenkredites in Höhe von 60 Mio. EUR ein Payer-Swap abgeschlossen. Die Bank zahlt dabei den EONIA und der Landkreis Gießen zahlt 3,06 % an die Bank.
Entsprechend dem Grundgeschäft wurden die beiden Swaps ebenfalls bis zum 20.7.2009 abgeschlossen.
Die Zlnsbelastung für den Landkreis beträgt jetzt 3,15 % (= 3,06 % + 0,09 %) und liegt damit um 1,505 %-Punkte unter dem ursprünglichen Zinssatz.

2. Frage des Kreistagsabgeordneten Hans-Jürgen Geselle:

Vorbemerkung:
Besondere Formen - wie z B. Spread-Ladder-Swaps - haben bei Hunderten von Kommunen und Gebietskörperschaften zu drastischen Millionenverlusten geführt. Diese und ähnliche spekulatlve Geschäfte bestehen in Wetten mit der Bank über die künftige Zinsentwicklung.

Hat der Kreis diese oder ähnliche Geschäfte getätigt ?

Antwort:

Nein - der Landkreis Gießen hat keinen Spread-Ladder-Swap abgeschlossen Der Kreditportfoliobeirat hat sich zwar in einer seiner ersten Sitzungen mit dem Produkt befasst, der Abschluss eines solchen Geschäftes wurde wegen der komplexen Struktur und den damit verbundenen Risiken aber abgelehnt

Ganz grundsätzlich möchte ich feststellen, dass die Risikobegrenzung im Rahmen unseres Zins- und Schuldenmanagements absoluten Vorrang hat. Bereits in seiner ersten Sitzung hat der Kreditportfoliobeirat vereinbart, dass nur Produkte zur Zinssicherung und Zinsoptimierung abgeschlossen werden durften. Devisengeschäfte und Optionsgeschäfte auf Devisen sowie Optionsgeschäfte auf Börsenindizes dürfen nicht abgeschlossen werden.

Letztlich möchte ich noch auf die Berichterstattung über das Zins- und Schuldenmanagement im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss verweisen, zuletzt auf den in der Sitzung am 6.11.2008 dort vorgelegten Bericht über die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise.

Herr Haumann konstatiert der Verwaltung im Rahmen des Zins- und Schuldenmanagements eine ausgezeichnete Arbeit und bestätigt dem Kreisausschuss, zur Zinssicherung die richtigen Derivate eingesetzt zu haben. Herr Haumann regt allerdings an, bei der künftigen professionellen Beratung im Portfoliobeirat auch die regionale

Sparkasse zu berücksichtigen.

Auch Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann spricht der Verwaltung ein hohes Maß an Vertrauen aus und ergänzt, dass die bestehenden Derivatgeschäfte in einer Ausnahmesituation abgeschlossen worden seien; in einer Zeit, in der der Kreditgeschäfte nur zu ungünstigen Konditionen abgeschlossen werden konnten. Daher dienten die Derivatgeschäfte einer längerfristigen günstigeren Zinssicherung. In der jetzigen Zeit unter Berücksichtigung der derzeitigen Zinslandschaft spricht sie sich gegen den Einsatz von Derivatgeschäften aus. Sie vertritt abschließend die Auffassung, dass man sich allerdings nicht durch einen endgültigen Verzicht auf den Abschluss von Derivaten die Chance nehmen soll, unter gewissen Voraussetzungen, im Rahmen von Zinssicherungsmaßnahmen entsprechend handeln zu können.

Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall spricht sich ebenfalls dafür aus, Derivatgeschäfte in Zukunft unter gewissen Rahmenbedingungen nicht auszuschließen.

Herr Kreistagsabgeordneter Tampe-Haverkock bedankt sich für die umfassenden Informationen durch die Verwaltung und bestärkt die handelnden Personen im Portofoliobeirat, in der Weise wie bisher weiterzuarbeiten.

Herr Fraktionsvorsitzender Semmler stellt in seinem Diskussionsbeitrag nochmals heraus, dass der Haupt- und Finanzausschuss vom hauptamtlichen Kreisausschuss und der Verwaltung stets über das Zins- und Kreditmanagement eingebunden und damit auch über die Derivatgeschäfte transparent informiert wurde.

9.2.	Bürgeranleihen; hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel (Linkes Bündnis) vom 9. Januar 2012 (ehemaliger Haushaltsänderungsantrag 0217/2011-8) (Vorlage Nr. 0321/2012)

Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann empfiehlt, den Antrag so lange zurückzustellen, bis rechtlich geprüft ist, ob Bürgeranleihen bei hessischen Landkreisen überhaupt zulässig sind.

Herr Kreistagsabgeordneter Hamel signalisiert als Antragsteller Zustimmung zum Verfahren.

Es erfolgt daher keine Beschlussempfehlung zum vorliegenden Antrag.

9.3.	Derivate; hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Reinhard Hamel (Linkes Bündnis) vom 9. Januar 2012 (ehemaliger Haushaltsänderungsantrag 9217/2011-4/neu) (Vorlage Nr. 0322/2012)

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für

den Kreistag ab:
Ablehnung (mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 8 Gegenstimmen)

10.	Grundsatzbeschluss zur Rekommunalisierung der Reinigungs- und Schulhausmeisterdienste hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 10. Januar 2012 (Vorlage Nr. 0309/2011)

Frau Landrätin Schneider stellt den Änderungsantrag, die Formulierung in Absatz 3, Buchstabe d) des Beschlussantrages zu streichen und durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„d) Die Kosten der Leistungserbringung sollen, bezogen auf eine noch zu definierende Leistungseinheit, nicht steigen. Zur Beurteilung und Überwachung dieser Vorgabe sind entsprechende Kennzahlen zu entwickeln und dem Kreistag jährlich zu berichten. Vergleichsmaßstab und -basis ist das Rechnungsergebnis aller relevanten Erlös- und Aufwandsarten für den gesamten Bereich der Hausmeister- und Reinigungsdienste (intern und extern) des Haushaltsjahres 2011, zuzüglich Overheadkosten. Gehalts- und Preissteigerungsraten sind für die zukünftigen Jahre entsprechend zu berücksichtigen (Indizierung).“

An der Aussprache beteiligen sich Herr Fraktionsvorsitzender Spandau, Herr Fraktionsvorsitzender Nachtigall, Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann, Herr Haumann, Herr Pilger, Herr Tampe-Haverkock, Herr Fraktionsvorsitzender Semmler und Frau Landrätin Schneider.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:
Abstimmung über den Änderungsantrag der Landrätin:

Zustimmung (mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen)

Abstimmung über den geänderten Hauptantrag:

Zustimmung (mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen)

11.	Bericht des Kreisausschusses zu "Widersprüche Kosten der Unterkunft (KdU)“; hier: Beschluss des Kreistages vom 7. November 2011

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses am 22.03.2012 vertagt.

12.	Bericht des Kreisausschusses zu "Leistungen für 400-Euro-Job, Aufstocker, Midi- und Minijobber“; hier: Beschluss des Kreistages vom 7. November 2011

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses am 22.03.2012 vertagt.

13. Mitteilungen und Anfragen

Herr Ausschussvorsitzender Klose teilt mit, dass die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ am 28.02.2012 um 16.00 Uhr stattfindet.

Herr Gruppenvorsitzender Stephan teilt mit, dass er Informationen erhalte habe, wonach sich Beschäftigte in den Gebäuden des Jobcenters über mangelnde Isolierung (insbesondere im Bereich der Fenster) beschwert hätten. Hierzu bittet er um einen Bericht bis zur Kreistagssitzung am 13.02.2012.

Herr Gruppenvorsitzender Stephan berichtet von einem Besuch bei der Obdachlosensammelstelle der Arbeiterwohlfahrt. Von den zuständigen Mitarbeitern der AWO habe er zu Kenntnis nehmen müssen, dass in Anbetracht der aktuellen Frosttemperaturen zehn obdachlose Menschen im Landkreis Gießen akut vom Kältetod bedroht seien.

Matthias Klose	Klaus Dieter Schmitt
Ausschussvorsitzender	Schriftführer